

# Estland

Andres Kasekamp<sup>1</sup>

Die Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Andrus Ansip – bestehend aus der Reformpartei (Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) sowie der Union von Pro Patria und Res Publica (IRL) (Mitglied der Europäischen Volkspartei) – führte ihre verantwortungsvolle fiskalpolitische Politik fort und setzte kaum bedeutsame neue Reformen um. Ansip ist heute nicht nur der am längsten amtierende Premierminister Estlands, sondern ist nach dem Rücktritt von Jean-Claude Juncker in Luxemburg nun auch der dienstälteste Regierungschef in der gesamten Europäischen Union. Diese bisher neue Stabilität mündete in ein weit verbreitetes Gefühl von Unzufriedenheit, Stagnation und Anschuldigungen der Arroganz gegenüber der Regierung. Die Abwanderung von Menschen im Erwerbsalter ins Ausland setzte sich fort, insbesondere in den besser bezahlten Arbeitsmarkt ins benachbarte Finnland, und forcierte die Sorge über den Bevölkerungsrückgang. Ein Skandal um anonyme Spenden an die Reform-Partei führte im Dezember 2012 zum Rücktritt von Justizminister Kristen Michal. Sein Nachfolger wurde Hanno Pevkur, der bis dahin Arbeits- und Sozialminister war, dessen Posten übernahm Taavi Rõivas von der Reform-Partei. Die Empörung über die Parteienfinanzierung wurde zur Geburtsstunde einer beispiellosen Bewegung der Zivilgesellschaft, die sich in einer einzigartigen Form des Internet-Crowdsourcing (Rahvakogu) zusammenfand. Ihre Vorschläge für Gesetzesänderungen bei der Parteienfinanzierung und zu den Wahlen wurden dem Parlament zur Prüfung von Präsident Ilves April 2013 vorgestellt.

Das größte politische Ereignis des Jahres waren die Kommunalwahlen am 20. Oktober 2013. Trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Parteien, gelang es keiner neuen politischen Kraft an Einfluss zu gewinnen. Im Großen und Ganzen bestätigten die Wahlergebnisse das bestehende Machtgleichgewicht. Besonders aufmerksam wurde der Wahlkampf in der Hauptstadt Tallinn verfolgt, in der ein Drittel der Bevölkerung des Landes lebt. Trotz der tatkräftigen Kampagne des Bürgermeisterkandidaten Eerik-Niiles Kross (IRL), der die Korruption in der Stadt anprangerte, gewann die vom Bürgermeister von Tallinn Edgar Savisaar geführte Zentrumsparterie erneut mit absoluter Mehrheit. Den auf nationaler Ebene regierenden Oppositionsparteien ist es nicht gelungen, die Vorherrschaft der Zentrumsparterie herauszufordern, die sich auf die russischsprachigen Wähler stützt (die Hälfte der Bevölkerung Tallinns). Beigetragen zum Erfolg von Savisaar hat seine gelungene Einführung freier öffentlicher Verkehrsmittel im Januar 2013 in Tallinn.

## Außenpolitik

Trotz der estnischen Bedenken anlässlich der großangelegten Militärübung Zapad 2013, die Russland und Belarus in der Nähe des Baltikums durchführte und die gegen die NATO gerichtet war, war das vergangene Jahr eines der besten in den bilateralen estnisch-russischen Beziehungen. Erstmals seit über einer Dekade reiste im April 2013 wieder ein estnischer Ministerpräsidenten nach Russland, und im Juni 2013 reiste Kirill, der Patriarch

---

<sup>1</sup> Übersetzt aus dem Englischen.

der russisch-orthodoxen Kirche, nach Estland. Der wichtigste Durchbruch in den estnisch-russischen Beziehungen erfolgte im Mai 2013 mit der Bekanntgabe, dass sich die estnischen und russischen Außenministerien auf eine für beide Seiten akzeptable Formulierung des Grenzvertrags geeinigt haben. Der Vertrag wurde von beiden Regierungen genehmigt und kann nach Unterzeichnung durch die Außenminister ratifiziert werden.

Auf der internationalen Bühne war Estland mit seiner Kampagne für einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (2013-2015) erfolgreich. Die andere bemerkenswerte Leistung auf globaler Bühne war die Wahl eines estnischen Diplomaten zum Präsidenten der Versammlung der Nationen des Internationalen Strafgerichtshofs. Estland bleibt weiterhin den NATO-Operationen in Afghanistan und Estland verpflichtet und beteiligte sich zudem mit Soldaten an der EU-Mission in Mali.

### **Europapolitik**

Europapolitisch unterstützte Estland Initiativen im Bereich Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, Östliche Partnerschaft, Liberalisierung des Energiemarkts sowie Transparenz, Innovation und Binnenmarkt (vor allem den freien Dienstleistungsverkehr) und blieb überzeugter Befürworter der Erweiterung. Die Zusammenarbeit mit den anderen baltischen Staaten und den nördlichen Ländern als regionaler Block innerhalb der EU wurde ausgebaut. Flaggschiff-Initiative der Regierung ist die Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarkts. Estland konnte sich erfolgreich als Marktführer in der IT-Branche etablieren, eine Tatsache, der die Arbeitsaufnahme der EU-Agentur für IT-Großsysteme in Tallinn am 1. Dezember 2012 Rechnung trug.

Als jüngstes Eurozonenmitglied war Estland besonders daran gelegen, als konstruktives und mustergültiges Land zu gelten. Trotz seiner liberalen marktwirtschaftlichen Überzeugungen unterstützte Estland die EU-Finanztransaktionssteuer, und demonstrierte somit seinen Wunsch, zu dem von Deutschland geführten Kern der EU zu gehören. Dennoch wuchs der öffentliche Unmut darüber, dass das ärmste Land der Eurozone verpflichtet ist, Hilfszahlungen für reichere Mitgliedstaaten zu leisten, die sich nicht an das EU-Regelwerk gehalten haben. Der Beitritt Lettlands – engster Nachbarn und Verbündeten Estlands – zur Eurozone am 1. Januar 2014 wurde in Estland mit großer Freude aufgenommen.

Der im Februar 2013 erzielte Haushaltskompromiss über den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 wurde in Estland im Großen und Ganzen begrüßt. Obwohl der EU-Haushalt nicht erhöht wurde, wird Estland künftig mehr Mittel erhalten als bisher. Estland konzentrierte sich bei den Haushaltsverhandlungen vor allem auf zwei Punkte: die ungleiche Behandlung der baltischen Bauern und die Kommissionsfazilität für grenzüberschreitende Infrastruktur. Eine wichtige Angelegenheit für Estland ist der Bau der Ostsee-Eisenbahn, einer Hochgeschwindigkeitsbahn, die Tallinn über Warschau mit Mitteleuropa verbinden soll – ein Projekt, das nur mit EU-Mitteln und der Zusammenarbeit der Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens sowie Polens und Finnlands realisiert werden. Estland war bestrebt, seine Energieimporte zu diversifizieren und die Abhängigkeit von russischen Lieferanten zu mindern. Ein wesentliches Element dieses Bestrebens ist der Aufbau eines Flüssig-Erdgas (LNG)-Terminals für das Baltikum. Seit die Europäische Kommission eine Stelle an der finnischen Grenze empfohlen hat, konkurrieren estnische Anleger mit einem geplanten LNG-Terminal in Finnland.

Ein wirtschaftspolitischer Meilenstein der EU-Richtlinien war die Öffnung des Strommarkts am 1. Januar 2013, die bei der Bevölkerung für große Besorgnis sorgte, da die Stromrechnungen deutlich anstiegen. Estland wurde das erste Land in der EU, welches über ein flächendeckendes Netz von Ladestationen für Elektroautos verfügt.